

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Digitalisierungsausschusses**  
**am 18.02.2021**

Tagungsort:       Großer Saal im Neuen Rathaus  
Beginn:            17:00 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende:              17:25 Uhr

**Anwesend:**

**CDU**

Herr Tom Brüntrup  
Herr Carsten Krumhöfner  
Herr Dr. Simon Lange  
Herr Frank Strothmann  
Frau Anke Welp

**SPD**

Frau Ayla Avvuran  
Herr Peter Fietkau  
Herr Lars Nockemann  
Herr Sören Witt

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Robert Grafe  
Herr Dominic Hallau  
Frau Daniela Kluge  
Frau Sarah Labarbe

**BfB**

Herr Dietmar Krämer

**FDP**

Herr Leo Knauf

**Die Partei**

Herr Tjark Nitsche

**AfD**

Herr Jonas Vriesen

**Die Linke**

Herr Bernd Vollmer

**Schriftführung**

Herr Dieter Leifeld

**Von der Verwaltung:**

Herr Stadtkämmerer Kaschel  
Herr Meier - Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen  
Herr Moss - Dezernat 4

## Öffentliche Sitzung:

### **Zu Punkt 1**

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende Herr Vollmer begrüßt die Mitglieder zur 2. Sitzung des Digitalisierungsausschusses in der Legislaturperiode 2020 - 2025, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung fest.

Vor dem Hintergrund der besonderen Rahmenbedingungen zur Covid-19-Pandemie gelten die getroffenen Absprachen aller Parteien zu einem möglichst zügigen Ablauf der Ausschusssitzungen weiterhin. So sollten Wortbeiträge auf ein Minimum begrenzt und die in Schriftform vorliegenden Mitteilungen sowie Antworten der Verwaltung auf Anfragen nicht weiter behandelt werden. Soweit Fragen und Klärungsbedarfe dazu bestünden können diese schriftlich eingereicht und in der kommenden Sitzung des Digitalisierungsausschusses beantwortet werden.

Die Mitglieder des Ausschusses Herr Fietkau, Herr Vriesen und Herr Witt werden als sachkundige Bürger vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Vollmer, nach folgender Formel verpflichtet (aufgrund der derzeitigen Hygiene- und Abstandsregeln der Covid-19-Pandemie wird auf den formellen Handschlag verzichtet):

„Ich verpflichte mich, dass ich als Mitglied im Digitalisierungsausschuss meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Vorbereitete personalisierte Verpflichtungserklärungen werden anschließend vom Ausschussvorsitzenden und dem sachkundigen Bürger unterzeichnet und vom Schriftführer eingesammelt.

Das Aufzeichnungsgerät wird eingeschaltet.

#### **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 14.01.2021**

Herr Lange weist daraufhin, dass in der Sitzung am 14.01.2021 Herr Krumhöfner, und nicht, wie protokolliert, Herr Thenhaus anwesend war. Die Verwaltung sichert eine Korrektur zu.

#### **Beschluss:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 1. Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 14.01.2021 wird nach Inhalt und Form genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

## Zu Punkt 2

### Mitteilungen

-.-.-

## Zu Punkt 2.1

### Mitteilung "Sondersitzung des Digitalisierungsausschusses am 11.03.2021"

Die Mitteilung lautet:

#### **„Bewerbung der Stadt Bielefeld als Modellprojekt Smart Cities 2021**

Das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) hat im vergangenen Dezember zum dritten Mal in Folge zur Bewerbung als Modellprojekt Smart Cities aufgerufen und dabei Fördermittel in Höhe von insgesamt 300 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die Kommunen sollen dadurch in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden, um die vielfältigen Herausforderungen in den sich stetig entwickelnden Bereichen Digitalisierung und Stadtentwicklung bewältigen zu können. Darüber hinaus sollen die erarbeiteten Strategieansätze im späteren Verlauf als Lernbeispiele für die gesamte kommunale Landschaft dienen.

Nachdem die Anträge der Stadt Bielefeld in den Jahren 2019 und 2020 keine Berücksichtigung gefunden hatten, arbeitet das Digitalisierungsbüro in Zusammenarbeit mit Fraunhofer IOSB-INA aus Lemgo aktuell unter Hochdruck daran, dass die diesjährige Bewerbung unter dem vorgegebenen Leitthema „Gemeinsam aus der Krise: Raum für Zukunft“ im dritten Anlauf den gewünschten Erfolg bringt. Ziel ist es, die Themen und Herausforderungen der einzelnen Fachämter sowie die Bedarfe der Bielefelder Stadtgesellschaft unter einem gemeinsamen Dach zu vereinigen und kollaborativ zu bearbeiten. Der entsprechende Strategieansatz ist momentan in der Entwicklung.

Die Bewerbung erfordert einen Ratsbeschluss, mit dem die betroffene Kommune u.a. die Bereitschaft erklärt, im Falle eines Zuschlages den aufzubringenden Eigenanteil (35 %) zu finanzieren. Der Zeitplan bis zur fristgerechten Abgabe der Bewerbung am 14.03.2021 ist unter Berücksichtigung der erforderlichen Gremienbeteiligung sehr eng getaktet und muss in der Erstellungsphase möglichst effizient ausgenutzt werden. Eine Befassung in der planmäßigen Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 18.02.2021 käme diesbezüglich zu früh, weshalb eine Sondersitzung am 11.03.2021 erforderlich ist. In der entsprechenden Beschlussvorlage wird sodann ausführlich über die Bewerbung und deren Inhalt informiert.“

-.-.-

## **Zu Punkt 2.2     Mitteilung "Digitaler Einbürgerungsantrag"**

Die Mitteilung lautet:

### **„Digitaler Einbürgerungsantrag**

Voraussichtlich ab Juni 2021 können Einbürgerungsanträge in Bielefeld auch auf digitalem Wege gestellt werden. Die Stadt Bielefeld arbeitet als Pilotkommune an einem Projekt des Landes NRW unter Federführung des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration mit.

Es handelt sich um ein Projekt im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Das OZG verpflichtet Bund, Länder und Kommunen bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten. Bund und Länder haben ein arbeitsteiliges Vorgehen vereinbart, bei dem einzelne Länder die Federführung für bestimmte Themen übernehmen. Für den Bereich der Einbürgerung übernimmt das Land NRW eine Vorreiterrolle. Die Nachnutzung der hier entwickelten Verfahren soll allen interessierten Kommunen bundesweit angeboten werden.

Mit der digitalen Antragsstellung soll eine deutlich schnellere Antrags-sachbearbeitung erreicht werden. Selbstverständlich wird es auch weiterhin möglich sein, Anträge auf Einbürgerung rein analog in Papierform einzureichen.

Im Vorgriff auf den digitalen Einbürgerungsantrag werden in den kommenden Wochen mehr als 2000 Personen angeschrieben, die bislang schon ein Interesse an einer Einbürgerung bekundet haben.“

-.-.-

## **Zu Punkt 3     Anfragen**

### **Zu Punkt 3.1     Anfrage Bündnis 90 / Die Grünen - Aufzeichnung Webinare**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0623/2020-2025

Der Text der Anfrage lautet:

#### *„Aufzeichnung Webinare*

*Die Stadt Bielefeld sowie städtische Beteiligungen wie die WEGE Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH bieten gegenwärtig Webinare an, damit man sich zu einem Thema informieren bzw. sich weiterbilden kann. Als sehr gelungenes Beispiel kann hier die Veranstaltung „ONLINE-KONFERENZ: ZUR AKTUELLEN SITUATION VON FRAUEN IN DER WIRTSCHAFT“ genannt werden. Um allen Bielefelderinnen und Bielefeldern die Möglichkeit zu geben, sich den Inhalt anzusehen, wäre*

*es fair dieses Format „on demand“ zur Verfügung zu stellen. Somit könnte die Teilhabe und Chancengleichheit in Bezug auf dieses Thema gesteigert werden.*

*Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Anfrage:*

*Warum werden solche Webinare nicht „on demand“ zur Verfügung gestellt?“*

Antwort der WEGE mbH:

„Die Organisation von Veranstaltungen zu wirtschaftsrelevanten Themen ist ein wesentlicher und wichtiger Bestandteil der Arbeit der WEGE mbH. Seit Beginn der Corona-Pandemie setzt auch die Wirtschaftsförderung (abhängig vom Infektionsgeschehen) digitale Formate zur Durchführung ihrer verschiedenen Veranstaltungsreihen ein. Ein Mitschnitt von Videokonferenzen inkl. späterer Bereitstellung auf der Website erfolgt derzeit nicht. Die Gründe hierfür sind:

1. Bei der Veranstaltung handelt es sich um ein kollegiales, vertrauliches Netzwerktreffen. Hier werden von den Teilnehmenden Informationen und Wissen preisgegeben, die aus Wettbewerbsgründen nicht in die breite Öffentlichkeit getragen werden sollen.
2. Im Rahmen der Vortragsveranstaltungen geben die Referenten nur selten ihr Einverständnis zur Aufzeichnung ihres Redebeitrags. Die Gründe dafür sind vielfältig (Schutz der Inhalte, Haftbarkeit von Aussagen etc.) und werden von der WEGE mbH respektiert.
3. Neben der Einverständniserklärung der Referenten, muss auch die der Teilnehmenden vorliegen. Die Zustimmung zur Aufzeichnung und späteren Veröffentlichung der Veranstaltung kann über einen Passus in der Einladung erfolgen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Anzahl der Teilnehmenden sinkt und/oder die Interaktion in der Veranstaltung abnimmt. Diese Folgen sind nicht im Sinne der WEGE mbH, der es um einen sinnstiftenden Austausch unter den Teilnehmenden geht.

Um relevante Inhalte dennoch möglichst vielen Unternehmen zugänglich zu machen, verfasst die WEGE mbH - abhängig vom Veranstaltungsformat - einen Nachbericht, der auf der Website der WEGE von „Das kommt aus Bielefeld“ oder dem Blog „Mehr Frauen in Führung – so geht’s“ veröffentlicht wird. Zwei Beispiele:

1. Online-Konferenz „Zur aktuellen Lage der Frauen in der Wirtschaft“: <https://wegebielefeld.de/2021/02/03/frauenquote/>
2. Virtuelles Partnertreffen von Das kommt aus Bielefeld: <https://www.das-kommt-aus-bielefeld.de/was-heisstselbstorganisation-in-teams/>

Zusätzlich werden 1- bis 2-mal im Jahr Formate konzipiert, die auf ein breites Publikum ausgerichtet sind. So ist für das Frühjahr ein Wirtschaft Live(-stream) geplant, der professionell aufgezeichnet und später „on demand“ zur Verfügung gestellt wird.“

-.-.-

### **Zu Punkt 3.2 Anfrage Bündnis 90 / Die Grünen - Bürgerservice App**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0624/2020-2025

Der Text der Anfrage lautet:

*„Bürgerservice App*

*Die Bürgerservice App bietet den Bürgerinnen und Bürger Bielefelds die Möglichkeit, mit der Verwaltung zu interagieren und Informationen abzurufen. Hier sind einige Funktionen enthalten, die einen Mehrwert bieten. Wie in den gängigen Plattformen zu lesen (z.B. Google Play Store) ist vor allem das Feature der Benachrichtigung für den Abfallkalender bedeutend.*

*Hierzu möchten wir Sie um die Beantwortung der folgenden Frage bitten: Wie viele Nutzerinnen und Nutzer interagieren mit Hilfe dieser App mit der Verwaltung?*

*Zusatzfrage*

*Wann ist hier das nächste Release geplant, was die Kritiken und Verbesserungsvorschläge begutachtet sowie die genannten Bugs löst?“*

Antwort der Verwaltung:

„Die BürgerServiceApp ist eine inhaltliche Entwicklung des Presseamtes und wurde umgesetzt mit technischer Unterstützung des Providers der bieiefeld.de. Die App kann seit April 2013 genutzt werden. Im Laufe der Jahre sind immer Anpassungen vorgenommen worden. Die Redaktion wird von der Mitarbeiterin übernommen, die auch die bieiefeld.de pflegt. Die App ist so angelegt worden, dass die redaktionellen Inhalte über das CMS der bieiefeld.de gesteuert werden können und Doppelpflege nicht notwendig ist. Im Newsbereich oder in der Rubrik „Oft nachgefragt“ können aber auch in der App Anpassungen erfolgen.

Derzeit wird die App von 5.800 aktiven Geräten genutzt, so die Angaben von Google (Android). Apple (iOS) meldet aktuell für das Jahr 2020 1.930 Downloads, für 2019 1.750 Downloads.

Der Abfallkalender ist direkt mit der Anwendung des Umweltbetriebes verknüpft.

Es gibt derzeit etwa 13.250 aktive Abos für Benachrichtigungen für den Abfallkalender.

In einer durchschnittlichen Woche werden rund 8.000 Push-

Benachrichtigungen für den Abfallkalender verschickt.

Der Mängelmelder ist direkt mit dem BürgerServiceCenter (BSC) verknüpft. Die weitergeleiteten Mängel werden aus Datenschutzgründen immer nur drei Monate gespeichert. Aufgrund der Erfahrungswerte kann von rund 2.000 Mängelmeldungen pro Jahr über die App ausgegangen werden (Hauptthemen sind Wilder Müll, Falschparker und je nach Jahreszeit Überwuchs auf öffentlichen Flächen, nicht geräumte Straßen/Geh- und Radwege (Schnee/Eis/Laub). Die Meldungen werden vom BSC unmittelbar an die Fachbereiche weitergeleitet.

Das Presseamt steht vor dem Abschluss der Arbeiten für den Relaunch der [bielefeld.de](http://bielefeld.de). Anschließend soll mit Nachdruck auch an den grafischen und inhaltlichen Verbesserungen der App gearbeitet werden.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass parallel im Projekt „Serviceportal“ des Amtes 100 an der zentralen Bereitstellung von Online-Diensten gearbeitet wird.“

---

### **Zu Punkt 3.3 Anfrage Bündnis 90 / Die Grünen - Datenplattformen der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0625/2020-2025

Der Text der Anfrage lautet:

*„Datenplattformen der Stadt Bielefeld*

*Die Stadt Bielefeld gibt den Bürger\*innen die Möglichkeit auf Daten zuzugreifen oder diese für eine weitere Bearbeitung zu verwenden. Hier gibt es eine Vielzahl von Plattformen, auf denen die Stadt jene Daten anbietet. So zum Beispiel:*

- *Statistik Interaktiv Stadt Bielefeld:*  
<https://anwendungen.bielefeld.de/BielefeldInteraktiv/>
- *OpenData Portal Stadt Bielefeld:*  
<https://opendata.bielefeld.de>
- *Stadtplan Stadt Bielefeld:*  
<https://stadtplan.bielefeld.de>

*Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Anfrage:*

*Welche weiteren Plattformen gibt es, auf denen Daten den Bürger\*innen zur Verfügung gestellt werden?“*

Antwort der Verwaltung:

„Bürger können auf verschiedenste Daten zugreifen, neben den genannten z.B. auch auf den Buchbestand der Stadtbibliothek (<https://www.stadtbibliothek-bielefeld.de/open>, das Ratsinformationssystem (<https://anwendungen.bielefeld.de/bi/info.asp>) oder die Belegungsdaten der Sportstätten (<https://anwendungen.bielefeld.de/sportstaetten/>).

Sofern sich die Anfrage auf weitere Open-Data-Angebote bezieht, ist festzuhalten, dass die unter [www.bielefeld.de](http://www.bielefeld.de) aufgelisteten Daten meist nicht der Open Data-Kriterien entsprechen, weil zum Beispiel keine Datensätze zum Download angeboten werden.

Der Verwaltungsvorstand ist sich der steigenden Bedeutung des Themas Open Data jedoch bewusst und hat das Digitalisierungsbüro und das Amt für Geoinformation und Kataster beauftragt, die Federführung für Open Data zu übernehmen. Diese Reorganisation befindet sich zurzeit in der Umsetzung.

Über den weiteren Ausbau des Angebotes wird im Digitalisierungsausschuss berichtet.“

*„Zusatzfrage:*

*Wird es auf der neuen Webseite eine Gesamtübersicht in Form einer Übersichtsseite geben, auf der eine Bündelung oder Verlinkung dieser Plattformen vorhanden ist?“*

Antwort der Verwaltung:

„Auf der aktuellen Internetseite der Stadt findet sich eine Übersichtsseite unter „Bürgerservice online“. Der Relaunch des neuen Internetauftritts wird zurzeit vorbereitet. Es kann daher noch keine Auskunft hierzu erteilt werden.“

---

### **Zu Punkt 3.4 Anfrage FDP - Faxgeräte in der Verwaltung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0698/2020-2025

Der Text der Anfrage lautet:

*„Frage:*

*Wie viele Faxgeräte sind in der Verwaltung im Einsatz?“*

Antwort der Verwaltung:

„Die Faxanschlüsse der Stadtverwaltung wurden zuletzt im Juli 2020 inventarisiert.

Die Ergebnisse wurden getrennt nach Verwaltung inkl. Eigenbetriebe und Faxanschlüsse der Schulen ausgewiesen. Die Inventur ergab, dass sich innerhalb der Stadtverwaltung inkl. der Eigenbetriebe derzeit 67 klassische Faxgeräte im Einsatz befinden. In den Schulen sind weitere 90 Faxanschlüsse erfasst.

Neben den klassischen Faxgeräten verfügen insgesamt 243 Multifunktionsgeräte über eine Faxfunktion. Inwieweit die Faxfunktion in den Fachorganisationen genutzt wird, liegt in der Entscheidungskompetenz der Fachorganisationen.“

*„Zusatzfrage:*

*Welche Schritte hat die Verwaltung unternommen, digitales Faxen zu ermöglichen?“*

Antwort der Verwaltung:

„Seit vielen Jahren ist im Exchange-Server der Stadt und Stadtwerke ein digitales Fax integriert. Die Fachorganisationen entscheiden im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung, welches Faxmedium sie einsetzen.“

*„Zusatzfrage:*

*Welche weiteren Schritte plant die Verwaltung diesbezüglich und für wann sind diese geplant?“*

Antwort der Verwaltung:

„Es sind keine weiteren Schritte geplant, da sowohl klassisches wie auch digitales Fax angeboten wird und von den Fachorganisationen bedarfsgerecht eingesetzt werden kann.“

---

**Zu Punkt 4**

### **Anträge**

---

**Zu Punkt 4.1**

### **Antrag SPD - Digitalen Service verbessern - Bürgerservice-App zum Aushängeschild entwickeln**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0595/2020-2025

SPD und CDU haben einen gemeinsamen Antrag zum Thema „Bürgerservice App“ formuliert, der die Tagesordnungspunkte ö4.1 und ö4.2 ersetzt und unter TOP ö4.3 behandelt wird.

---

## **Zu Punkt 4.1.1 Änderungsantrag Bündnis90/Die Grünen zu ö4.1 - Digitalen Service verbessern**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0733/2020-2025

Zum Tagesordnungspunkt ö4.1 „Antrag SPD – Digitalen Service verbessern – Bürgerservice-App zum Aushängeschild entwickeln“ stellt Bündnis 90/Die GRÜNEN zur Ergänzung folgenden Änderungsantrag:

*„Ergänzung:*

*Zusätzlich soll die Stadt Bielefeld ein Konzept für eine Roadmap der BürgerService-App entwickeln. Hierfür sind zukünftige Versionierungen verbunden mit den geplanten Features der App zu definieren und ein Zeithorizont hierfür zu planen.*

*Außerdem muss ein Prozess für die Meldung und Behebung von Bugs / Verbesserungen in den jeweiligen AppStores definiert werden. Hierfür könnten die Prototypen im Rahmen des Konzeptes der Wissenswerkstatt oder ähnlicher Einrichtungen getestet werden.“*

Herr Grafe erläutert den ergänzenden Änderungsantrag. Das Erstellen einer Roadmap sei zwar abhängig von dem mit dem Dienstleister geschlossenen Vertrag, es werde aber als wichtig angesehen, um damit in der App vorhandene Funktionalitäten zu staffeln. Ein Test von Prototypen und Funktionalitäten solle im Konzept der Wissenswerkstatt aufgenommen werden. Dadurch erhalte man dann auch ein Feedback der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Vriesen bittet die Verwaltung zu erklären, welche Funktionen mit der jetzigen App erledigt werden könnten und fügt an, dass es sinnvoll sei, eine App auch für einfache Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen, um Anträge zu stellen oder Verwaltungsdienstleistungen abzuwickeln. Hier hänge die Stadt Bielefeld bei der Digitalisierung sehr stark nach. Ein positives Beispiel sei die niederländische Stadt Rotterdam. Er bittet daher die Verwaltung um eine Information zum Stand der App.

Herr Kaschel erläutert, dass die Verantwortlichkeit für die App beim Presseamt liege und kein Vertreter anwesend sei. Die anschließend von Herrn Vriesen vorgetragene Bitte einer schriftlichen Antwort sichert Herr Kaschel im Rahmen der Niederschrift zu.

Antwort der Verwaltung im Rahmen der Niederschrift:

„Unmittelbar über die App sind die Funktionen des Mängelmelders und die des Abfallkalenders aufzurufen. Hier gibt es eine Verknüpfung in der App zu den Anwendungen, die auch Push-Nachrichten auf das Handy für den Abfallkalender ermöglicht. In gleicher Weise kann der Nutzer Push-Nachrichten für den News-Bereich festlegen. Seit dem Start der App ist auch die Belegung der Parkhäuser abrufbar, eine Funktion, die Parksuchverkehre verhindert.

Alle anderen Online-Dienste, die die Stadt Bielefeld anbietet, können über die Verknüpfung von der App zur Homepage genutzt werden und damit auch über das Handy. Alle Angebote sind alphabetisch aufgeführt, von Archivanfragen bis Wunschkennzeichen.

In der Projektplanung und für die Umsetzungsschritte zur Weiterentwicklung der App, die, wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, mit Nachdruck nach den Relauncharbeiten an der Homepage beginnen wird, ist die Stärkung und damit nutzerfreundlichere Bereitstellung des Online-Angebotes über die App von besonderer Bedeutung.“

Herr Lange erklärt, auch in Bezug auf den gemeinsam formulierten Antrag von CDU und SPD, dass es wichtig sei, einen userzentrierten Ansatz mit dieser App zu bekommen. Die App solle sich an den Bedürfnissen der Stadtgesellschaft orientieren und es sei wichtig, das Digitalisierungsbüro zu beteiligen, als eine Schnittstelle zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft. Der Änderungsantrag wird insoweit positiv gesehen und die CDU werde diesem zustimmen.

Frau Avvuran schließt sich dem Vorredner Herrn Lange an und erklärt, dass sich auch die SPD dem Änderungsantrag anschließen könne, da es Änderungsbedarfe zu der App gäbe.

Der Ausschussvorsitzende lässt zu dem Ergänzungsantrag abstimmen und der Digitalisierungsausschuss fasst folgenden

**Beschluss:**

**Ergänzung:**

**Zusätzlich soll die Stadt Bielefeld ein Konzept für eine Roadmap der BürgerService-App entwickeln. Hierfür sind zukünftige Versionierungen verbunden mit den geplanten Features der App zu definieren und ein Zeithorizont hierfür zu planen.**

**Außerdem muss ein Prozess für die Meldung und Behebung von Bugs / Verbesserungen in den jeweiligen AppStores definiert werden. Hierfür könnten die Prototypen im Rahmen des Konzeptes der Wissenswerkstatt oder ähnlicher Einrichtungen getestet werden.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 4.2**

**Antrag CDU - App "Bielefeld-Bürgerservice"**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 0605/2020-2025

CDU und SPD haben einen gemeinsamen Antrag zum Thema „Bürgerservice App“ formuliert, der die Tagesordnungspunkte ö4.1 und ö4.2 ersetzt und unter TOP ö4.3 behandelt wird.

-.-.-

### Zu Punkt 4.3

### gemeinsamer Antrag SPD und CDU zu ö4.1 und ö4.2 - Bürgerservice-App

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0738/2020-2025

SPD und CDU führen die Tagesordnungspunkte ö4.1 „Antrag SPD – Digitalen Service verbessern – Bürgerservice-App zum Aushängeschild entwickeln“ und ö4.2 „Antrag CDU – App Bielefeld-Bürgerservice“ zusammen zu einem gemeinsam neu formulierten Änderungsantrag:

*„Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Digitalisierungsbüro die App „Bielefeld Bürgerservice“ funktional, technisch und inhaltlich zu überarbeiten und zu optimieren. Die Stadt Bielefeld sieht die App als ihr Aushängeschild zur Verbreitung von Informationen an und ermöglicht den Bürger\*innen dabei eine medienbruchfreie Kommunikation mit der Verwaltung. Mittelfristiges Ziel ist es, dass die Stadt Bielefeld ihre digitalen Dienste und Informationen übersichtlich, benutzerfreundlich und barrierefrei über die Bürgerservice-App anbietet.*

*Barrierefreiheit bedeutet auch, dass zu prüfen ist, ob die App in alternativen Appstores, wie z.B. FDroid, zur Verfügung steht.*

*Gleichzeitig müssen die Serviceangebote auch in analoger Form möglich sein. Die bereits von der Verwaltung umgesetzten und entwickelten Lösungen im Rahmen des Onlinezugangsgesetz sollen ebenfalls in die App implementiert werden.*

*In offiziellen Anschreiben der Stadt Bielefeld soll zukünftig immer ein Hinweis auf die Bürgerservice-App zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob dies in Form eines QR-Codes geschehen kann.“*

#### Beschluss:

**Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Digitalisierungsbüro die App „Bielefeld Bürgerservice“ funktional, technisch und inhaltlich zu überarbeiten und zu optimieren. Die Stadt Bielefeld sieht die App als ihr Aushängeschild zur Verbreitung von Informationen an und ermöglicht den Bürger\*innen dabei eine medienbruchfreie Kommunikation mit der Verwaltung. Mittelfristiges Ziel ist es, dass die Stadt Bielefeld ihre digitalen Dienste und Informationen übersichtlich, benutzerfreundlich und barrierefrei über die Bürgerservice-App anbietet.**

**Barrierefreiheit bedeutet auch, dass zu prüfen ist, ob die App in alternativen Appstores, wie z.B. FDroid, zur Verfügung steht.**

**Gleichzeitig müssen die Serviceangebote auch in analoger Form möglich sein. Die bereits von der Verwaltung umgesetzten und entwickelten Lösungen im Rahmen des Onlinezugangsgesetz sollen ebenfalls in die App implementiert werden.**

**In offiziellen Anschreiben der Stadt Bielefeld soll zukünftig immer ein Hinweis auf die Bürgerservice-App zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob dies in Form eines QR-Codes geschehen kann.**

- einstimmig beschlossen -

## Zu Punkt 5

### Informationsvorlage "Stand der Digitalisierung"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0297/2020-2025

Der Ausschussvorsitzende Herr Vollmer informiert, dass, wie bereits in der Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 14.01.2021 beschlossen, zu der Vorlage eine Präsentation für den Ausschuss im Rahmen einer Videokonferenz erfolgen solle. Die Präsentationsdokumente seien bereits im Vorfeld zur heutigen Sitzung im Ratsinformationssystem zum TOP ö5 zur Verfügung gestellt worden, um auch die Öffentlichkeit der Informationsvorlage herzustellen. Herr Vollmer informiert weiterhin, dass nach Absprache im Ältestenrat die Videokonferenz nicht öffentlich sein werde. Der genaue Termin und die notwendigen technischen Zugangsdaten werden noch rechtzeitig mitgeteilt.

---

## Zu Punkt 6

### Beschlusscontrolling

## Zu Punkt 6.1

### Antwort der Verwaltung zu Nachfragen zur Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 14.01.2021

**Im Nachgang zur Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 14.01.2021 stellte Bündnis 90/Die GRÜNEN zu Tagesordnungspunkt ö5.2 „Anfrage Bündnis 90/Die GRÜNEN – Covid 19 und OpenData“ folgende**

Nachfrage:

*„Die Daten liegen laut der Antwort auf die Anfragen Ö5.1 und Ö5.5 in digitaler Form vor. Wie ist der aktuelle Prozess in Bezug auf die Veröffentlichung von Daten auf dem OpenData Portal definiert, dass hier eine zusätzliche Belastung vorhanden ist?“*

Antwort der Verwaltung:

„Aus technischer Sicht müsste im ersten Schritt geklärt werden, welche Daten man veröffentlichen möchte.

Zusätzlich muss geklärt werden, in welchem Format diese Daten veröffentlicht werden sollen (CSV, PDF, XML, etc). Diese können dann in unterschiedlichen Weisen veröffentlicht werden:

1) Daten direkt im Open Data Portal hochladen

Hierbei ist ein automatisiertes hochladen nicht möglich. Die Daten müssten manuell hochgeladen werden. Vorteil hierbei wäre jedoch, dass die Daten über Schnittstellen abgerufen werden können.

2) Daten auf Bielefeld.de (FTP) hochladen und eine Verlinkung im Open Data Portal

Die Daten wären in diesem Fall jedoch nur sehr eingeschränkt über Schnittstellen abrufbar.

Aus fachlicher Sicht ist die Aufbereitung der Daten das zurzeit entscheidende Hemmnis. So ist eine Veröffentlichung von vollständigen Abstrichdaten vor dem Hintergrund, dass ein Teil der Tests ohne Auftrag des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) durch private Anbieter erfolgt, nicht möglich.

Um statistische Auswertungen durchzuführen, wären für die Nutzerinnen und Nutzer entsprechender Daten vermutlich vollständige Zeitreihen ab Pandemiebeginn notwendig.

Eine entsprechende Aufbereitung der Daten wäre sehr zeitaufwändig, zumal die im Zusammenhang mit der Meldeproblematik aufgetretenen Datendifferenzen zu berücksichtigen wären.“

**Im Nachgang zur Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 14.01.2021 stellte Bündnis 90/Die Grünen zu Tagesordnungspunkt 05.3 „Anfrage Bündnis 90/Die Grünen – elektronischer Personalausweis“ folgende**

Nachfrage:

*„Mit Verimi und Yes gibt es zwei weitere Anbieter, die sich der elektronischen Identität annehmen. Werden diese Anbieter gegenwärtig oder zukünftig durch die Verwaltung im Sinne der elektronischen Identität unterstützt?“*

Antwort der Verwaltung:

„Im Rahmen des Einführungsprojektes zum Serviceportal der Stadt Bielefeld betrachtet die Projektgruppe laufend aktuelle Entwicklungen zu der Thematik. Dabei sind u.a. auch die Lösungen von Verimi und Yes bekannt geworden. Hierzu ist festzuhalten, dass es aktuell eine Vielzahl von Angeboten gibt und stetig neue entwickelt werden. Es ist derzeit nicht erkennbar, welche dieser (oftmals privatwirtschaftlichen) Angebote zukünftig relevant sein werden. Gleichzeitig ist häufig die Frage der jeweils unterstützten Vertrauensniveaus noch nicht abschließend geklärt.

Dementsprechend wird im Rahmen des Projektes zunächst ausschließlich eine Authentifizierung über das Servicekonto.NRW vorgesehen, welches für die öffentliche Verwaltung einen Standardbaustein darstellt. Dieses vereint gängige Komponenten zur Authentifizierung - wie die Onlineausweisfunktion - mit weiteren Funktionalitäten wie bspw. einer Postkorbfunktion für Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig ist dadurch die Interoperabilität gewährleistet. Die mit dem Servicekonto.NRW verbundenen Angebote werden laufend erweitert. Hierbei wird vom Land NRW ebenfalls eine Implementierung weiterer Authentifizierungsdienste geprüft. Darüber hinaus wird aktuell an Lösungen gearbeitet, um die Onlineausweisfunktion zu verbessern, beispielsweise durch eine Verbindung mit dem Smartphone. In der Thematik ist auch an der Stelle aktuell viel Bewegung.

Ein wesentlicher Vorteil der Nutzung des Servicekonto.NRW ist, dass neue sowie verbesserte Angebote bei einer Implementierung durch das Land NRW direkt auch im Bielefelder Serviceportal zur Verfügung stehen.“

**Im Nachgang zur Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 14.01.2021 stellte Bündnis 90/Die Grünen zu Tagesordnungspunkt ö5.4 „Anfrage Bündnis 90/Die Grünen – Nutzung Videokonferenzangebot BITogether“ folgende**

Nachfrage:

*„Spannend wird es sein, ob die Zahlen in diesen Monaten weiter steigen oder zumindest auf einen ähnlichen hohen Wert bleiben. Ist es geplant das Feedback der Nutzerinnen und Nutzer vom BITogether einzuholen, um das Angebot der Videokonferenz weiter zu verbessern?“*

Antwort der Verwaltung:

„BITogether ist als „Add-On“ Produkt aufgesetzt worden, um den BiTel-Kunden in der aktuellen Situation eine einfache und kostengünstige Möglichkeit für Videokonferenzen zu bieten. Diese Lösung ist auf einer regionalen Plattform vor Ort aufgesetzt, um den Kunden auch Sicherheit in Bezug auf ihre Daten zu geben. Erweiterte Merkmale wie regelmäßige Reports, zusätzliche Leistungsmerkmale etc. sind bisher nicht geplant. Die BiTel nimmt die Rückmeldungen jedoch zum Anlass, die Möglichkeiten des Systems zu prüfen, die mit den erweiterten Anforderungen verbundenen Kosten zu ermitteln und ggf. ein Produkt daraus zu generieren.“

---

**Zu Punkt 6.2**

**Antwort der Verwaltung zu Anträgen aus der Sitzung des Digitalisierungsausschusses vom 26.08.2020**

**Antwort der Verwaltung zur Nachfrage zu TOP 3.5 „Barrierefreiheit der Homepage der Stadt Bielefeld“**

Nachfrage:

*„Herr Grafe fragt, inwieweit der Beirat für Behindertenfragen hinzugezogen werde. Herr Kaschel wird mit dem Presseamt Rücksprache nehmen und sichert eine schriftliche Antwort zu.“*

Antwort der Verwaltung:

„Die Online-Redakteurin des Presseamtes, Frau Ungerland, hat dem Beirat für Behindertenfragen die Planungen für den Relaunch mit dem Schwerpunkt Barrierefreiheit am 15. Januar 2020 vorgestellt. Leider mussten die zeitlichen Planungen pandemiebedingt immer wieder angepasst werden. Parallel hat das Presseamt aber besonders die neuen Funktionalitäten von Menschen mit Beeinträchtigungen testen lassen und nur positive Rückmeldungen erhalten. Somit schaut das Presseamt jetzt auch mit Zuversicht auf den Termin für die endgültige Freischaltung, der für Anfang/Mitte März 2021 geplant ist.“

Die nachfolgenden Antworten der Verwaltung zu Anträgen aus der Sitzung vom 26.08.2020 waren zum Zeitpunkt der aktuellen Sitzung am 18.02.2021 noch nicht im Ratsinformationssystem eingestellt und werden daher im Rahmen der Niederschrift nachgereicht. Ebenfalls sind die Dokumente nachträglich im Ratsinformationssystem zum TOP 06.2 veröffentlicht.

**Antwort der Verwaltung zur Anfrage zu TOP 3.2 „Anfrage Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Ausweitung Open Data Portal auf städtische Beteiligungen und Betriebe“**

Frage:

*„Ist die Ausweitung des Open-Data-Portals auf städtische Beteiligungen und Betriebe geplant?“*

Antwort der Verwaltung:

„Nachdem der Verwaltungsvorstand im Januar 2021 die Zuständigkeit für das Thema Open Data an das Digitalisierungsbüro übertragen hat, wird dort zukünftig das Thema Open Data zentral vorangetrieben. Das Digitalisierungsbüro erhält hierfür eine zusätzliche Stelle. Sobald diese besetzt ist, wird darüber entschieden, wie ein Open Data Konzept aussehen kann und welche Beteiligungen und Betriebe eingebunden werden sollen. Folgende Aufgaben hat das Digitalisierungsbüro bereits für sich identifiziert:

- Sammlung, Bündelung und Aufbereitung gesetzeskonformer Kriterien und Informationen für die Bereitstellung von Open Data.
- Aktives Identifizieren, Einfordern und Sammeln von Open Data Datensätzen in der Verwaltung.
- Funktion als Botschafter/in für Open Data Kultur (Impulse geben in die Stadtverwaltung und Gesellschaft, ein digitales Mindset leben).
- Austauschen, Zusammenführen und Koordinieren von Akteuren zum Thema Open Data auf Stadtebene und darüber hinaus (sowohl mit Mitgliedern der Stadtgesellschaft, als auch Pflege eines Expertennetzwerks mit Fachleuten in vielfältigen Handlungsfeldern der Digitalisierung sowie den Verantwortlichen in anderen Kommunen insbesondere zu Themen rund um Open Data).
- Aufbau eines Netzwerks von Open Data Lotsen innerhalb der Stadtverwaltung.
- Fachliche Begleitung oder Steuerung in Pilotprojekten zu Open Data.
- Akquise/Verwaltung von Fördermitteln zu Open Data Themen.“

**Antwort der Verwaltung zur Zusatzfrage zu TOP 3.3 „Anfrage Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Anfrage zu Projekten aus BIE City Hackathon“**

Zusatzfrage:

*„Werden diese Projekte [aus dem BIE City Hackathon] unter den Anwendungen der Open-Data-Plattform präsentiert, sofern hier diese Daten genutzt worden sind?“*

Antwort der Verwaltung:

„Nachdem der Verwaltungsvorstand im Januar 2021 die Zuständigkeit für das Thema Open Data an das Digitalisierungsbüro übertragen hat, wird dort zukünftig das Thema Open Data zentral vorangetrieben. Das Digitalisierungsbüro erhält hierfür eine zusätzliche Stelle. Sobald diese besetzt ist, wird darüber entschieden, wie ein Open Data Konzept aussehen kann. Dabei wird auch diese Frage zu klären sein.

Folgende Aufgaben hat das Digitalisierungsbüro bereits für sich identifiziert:

- Sammlung, Bündelung und Aufbereitung gesetzeskonformer Kriterien und Informationen für die Bereitstellung von Open Data.
- Aktives Identifizieren, Einfordern und Sammeln von Open Data Datensätzen in der Verwaltung.
- Funktion als Botschafter/in für Open Data Kultur (Impulse geben in die Stadtverwaltung und Gesellschaft, ein digitales Mindset leben).
- Austauschen, Zusammenführen und Koordinieren von Akteuren zum Thema Open Data auf Stadtebene und darüber hinaus (sowohl mit Mitgliedern der Stadtgesellschaft, als auch Pflege eines Expertennetzwerks mit Fachleuten in vielfältigen Handlungsfeldern der Digitalisierung sowie den Verantwortlichen in anderen Kommunen insbesondere zu Themen rund um Open Data).
- Aufbau eines Netzwerks von Open Data Lotsen innerhalb der Stadtverwaltung.
- Fachliche Begleitung oder Steuerung in Pilotprojekten zu Open Data.
- Akquise/Verwaltung von Fördermitteln zu Open Data Themen.“

### **Antwort der Verwaltung zur Anfrage zu TOP 3.4 „Anfrage Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Ausweitung der Daten im Open Data Portal“**

Frage:

*„Welche Daten von welchen Dienststellen werden hier für die Integration ins Open Data Portal geplant und wann werden sie ins Portal integriert?“*

Antwort der Verwaltung:

„Nachdem der Verwaltungsvorstand im Januar 2021 die Zuständigkeit für das Thema Open Data an das Digitalisierungsbüro übertragen hat, wird dort zukünftig das Thema Open Data zentral vorangetrieben. Das Digitalisierungsbüro erhält hierfür eine zusätzliche Stelle. Sobald diese besetzt ist, wird darüber entschieden, wie ein Open Data Konzept aussehen kann. Dabei wird auch diese Frage zu klären sein.

Folgende Aufgaben hat das Digitalisierungsbüro bereits für sich identifiziert:

- Sammlung, Bündelung und Aufbereitung gesetzeskonformer Kriterien und Informationen für die Bereitstellung von Open Data.
- Aktives Identifizieren, Einfordern und Sammeln von Open Data Datensätzen in der Verwaltung.
- Funktion als Botschafter/in für Open Data Kultur (Impulse geben in die Stadtverwaltung und Gesellschaft, ein digitales

Mindset leben).

- Austauschen, Zusammenführen und Koordinieren von Akteuren zum Thema Open Data auf Stadtebene und darüber hinaus (sowohl mit Mitgliedern der Stadtgesellschaft, als auch Pflege eines Expertennetzwerks mit Fachleuten in vielfältigen Handlungsfeldern der Digitalisierung sowie den Verantwortlichen in anderen Kommunen insbesondere zu Themen rund um Open Data).
- Aufbau eines Netzwerks von Open Data Lotsen innerhalb der Stadtverwaltung.
- Fachliche Begleitung oder Steuerung in Pilotprojekten zu Open Data.
- Akquise/Verwaltung von Fördermitteln zu Open Data Themen.“

### **Antwort der Verwaltung zur Anfrage zu TOP 3.6 „Anfrage Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Blog Open Data Portal“**

Frage:

*„Ist es angedacht, diesen Blog (im Open Data Portal) mit Inhalten zum Thema Open-Data zu füllen?“*

Antwort der Verwaltung:

„Nachdem der Verwaltungsvorstand im Januar 2021 die Zuständigkeit für das Thema Open Data an das Digitalisierungsbüro übertragen hat, wird dort zukünftig das Thema Open Data zentral vorangetrieben. Das Digitalisierungsbüro erhält hierfür eine zusätzliche Stelle. Sobald diese besetzt ist, wird darüber entschieden, wie ein Open Data Konzept aussehen kann. Dabei wird auch diese Frage zu klären sein.

Folgende Aufgaben hat das Digitalisierungsbüro bereits für sich identifiziert:

- Sammlung, Bündelung und Aufbereitung gesetzeskonformer Kriterien und Informationen für die Bereitstellung von Open Data.
- Aktives Identifizieren, Einfordern und Sammeln von Open Data Datensätzen in der Verwaltung.
- Funktion als Botschafter/in für Open Data Kultur (Impulse geben in die Stadtverwaltung und Gesellschaft, ein digitales Mindset leben).
- Austauschen, Zusammenführen und Koordinieren von Akteuren zum Thema Open Data auf Stadtebene und darüber hinaus (sowohl mit Mitgliedern der Stadtgesellschaft, als auch Pflege eines Expertennetzwerks mit Fachleuten in vielfältigen Handlungsfeldern der Digitalisierung sowie den Verantwortlichen in anderen Kommunen insbesondere zu Themen rund um Open Data).
- Aufbau eines Netzwerks von Open Data Lotsen innerhalb der Stadtverwaltung.
- Fachliche Begleitung oder Steuerung in Pilotprojekten zu Open Data.
- Akquise/Verwaltung von Fördermitteln zu Open Data Themen.“

Zusatzfrage:

*„Falls hier kein Content durch die Stadt geliefert werden kann, ist es möglich, diesen Bereich zu entfernen oder diese Aufgabe an Tochterformen der Stadt zu vergeben?“*

Antwort der Verwaltung:

„Ja, der Bereich kann entfernt werden. Allerdings ist das der einzige Bereich im bestehenden Portal, in dem die Informationen zur DKAN API hinterlegt werden können. Auf eine Entfernung sollte daher verzichtet werden.“

-.-.-

Bielefeld, den 01.03.2021

gez. Vollmer

gez. Leifeld

---

Bernd Vollmer  
Ausschussvorsitzender

---

Dieter Leifeld  
Schriftführer